

Stenographischer Bericht

13. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

III. Periode — 20. Februar 1954.

Personalien:

Entschuldigt sind die Abgeordneten Ebner Leopold, Dr. Pittermann, Dr. Speck und Strohmayer (299).

Der Präsident beglückwünscht den durch die Steiermärkische Landesregierung zum 1. Landeshauptmannstellvertreter gewählten Landesrat Norbert Horvatek (299).

Angelobung des an Stelle des Abg. Bundesminister DDDr. Udo Illig in den Landtag berufenen Rechtsanwaltes Dr. Richard Kaan.

Angelobung des an Stelle des 1. Landeshauptmannstellvertreters Dr. h. c. Reinhard Machold in den Landtag berufenen Stadtschulinspektors Anton Afritsch (300).

Wahlen:

Entsendung des aus dem Landtag geschiedenen Mitgliedes Dr. h. c. Machold in den Bundesrat.

Entsendung des 1. Vizepräsidenten des Steiermärkischen Landtages Abg. Operschall als Ersatzmann für das Bundesratsmitglied Dr. h. c. Machold in den Bundesrat (301).

Auflagen:

Regierungsvorlage zum Antrage der Abg. Dr. Hueber, Schner, Strohmayer, Peterka, Ing. Kalb und Hafner, Einl.-Zl. 81, betreffend gesetzliche Regelung der Personalvertretungen;

Antrag der Abg. Berger, Ebner und Kollegen, Einl.-Zl. 105, betreffend Übernahme des Güterweges Kreuzwirt—Granitz in der Gemeinde St. Kathrein a. Offenegg als Landesstraße;

Antrag der Abg. Dr. Pittermann, Wegart, Stiboller und Ing. Koch, Einl.-Zl. 106, betreffend Übernahme des Güterweges „Neutraler Weg“ an der steirisch-jugoslawischen Grenze als Landesstraße;

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 107, betreffend Erklärung des steirischen Teiles der Gemeindestraße Wörth—Wörtherberg (Wörth—Lafnitzbrücke) als Landesstraße;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 29, Gesetz über die Abänderung des Gesetzes vom 20. Februar 1929, LGBl. Nr. 57, betreffend die Errichtung von land- und forstwirtschaftlichen Berufsvertretungen in Steiermark (Bauernkammergesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 8. Juni 1949, LGBl. Nr. 41);

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 30, Gesetz über die Errichtung einer Hauptschule in Pischelsdorf;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 31, Gesetz über die Errichtung einer Hauptschule in Straß;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 32, Gesetz über die Regelung des Heilquellen- und Kurortwesens in Steiermark (Heilquellen- und Kurorte-Landesgesetz);

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 112, betreffend Gewährung eines a.-o. Versorgungsgenusses an Dipl. Ing. Dr. techn. Franz Rauch;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 33, Gesetz, womit das Gesetz vom 27. Mai 1952, LGBl. Nr. 42, über die Einhebung einer Fremdenverkehrsabgabe im Lande Steiermark für Zwecke der Förderung des Fremdenverkehrs (Fremdenverkehrsabgabengesetz) geändert wird. (301)

Zuweisungen:

Regierungsvorlage zu Einl.-Zl. 81 und Beilage Nr. 32, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

Anträge, Einl.-Zln. 105 und 106, der Landesregierung;

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 107, dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß, sodann dem Finanzausschuß;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 29, dem Landeskulturausschuß;

Regierungsvorlagen, Beilagen Nr. 30 und 31, dem Volksbildungsausschuß;

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 112, dem Finanzausschuß;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 33, dem Finanzausschuß. (301).

Verhandlungen:

Präsident Josef Wallner verliest eine Erklärung anlässlich des Scheiterns der Berliner Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag.

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 23, Gesetz über die Aufnahme von zwei Darlehen im Gesamtbetrag von 5.874.400 S durch die Stadtgemeinde Graz zur teilweisen Finanzierung der Wohnhausbauten im Gelände Harmsdorfgasse.

Berichterstatter: Abg. Sebastian (302).

Redner: Abg. Pözl (302).

Annahme des Antrages (303).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 30 Minuten.

1. Präsident **Wallner**: Hoher Landtag! Ich eröffne die Frühjahrstagung des Steiermärkischen Landtages und die diese Tagung einleitende 13. Sitzung der gegenwärtigen Gesetzgebungsperiode.

Ich begrüße alle Erschienenen, insbesondere auch die Mitglieder des Bundesrates.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Leopold Ebner, Dr. Pittermann, Dr. Speck und Strohmayer.

Hoher Landtag! Die Tagespresse hat zwar bereits eine Mitteilung über die Wahl des 1. Landeshauptmannstellvertreters, die durch den Rücktritt des Landeshauptmannstellvertreters Dr. h. c. Machold erforderlich wurde, gebracht. Trotzdem will ich es nicht verabsäumen, von dieser Stelle aus zu verlautbaren, daß die Steiermärkische Landesregierung in ihrer Sitzung am 30. Jänner 1954 ihr Mitglied, den Herrn Landesfinanzreferenten Norbert Horvatek, zum 1. Landeshauptmannstellvertreter gewählt hat. Namens des Präsidiums des Steiermärkischen Landtages beglückwünsche ich den Genannten zu dieser Wahl. (Allgemein anhaltender, sehr lebhafter Beifall.)

Weiters gebe ich bekannt, daß der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Udo Illig auf die weitere Ausübung seines Mandates als Landtagsabgeordneter verzichtet und Dr. h. c. Reinhard Machold nunmehr auch sein Mandat als Landtagsabgeordneter zurückgelegt hat.

Es sind an die Stelle des Bundesministers Dr. Illig der Rechtsanwalt Dr. Richard Kaan und an die Stelle Dr. h. c. Macholds der Stadt-

schulinspektor Anton Afritsch in den Landtag als Landtagsabgeordnete berufen worden. Anton Afritsch hat sein Mandat als Bundesrat zurückgelegt.

Dr. Richard Kaan und Anton Afritsch, die bereits in der früheren Gesetzgebungsperiode dem Steiermärkischen Landtag angehört haben, sind zur heutigen Landtagssitzung erschienen. Sie werden jetzt die Angelobung leisten.

Ich ersuche den Abg. Wegart, die Angelobungsformel zu verlesen.

(Nach Verlesung der Angelobungsformel leisten die Abg. Dr. Kaan und Afritsch durch die Worte „Ich gelobe“ die Angelobung.)

Zu Beginn der heutigen Sitzung halte ich eine Erklärung für geboten, über die ich mich mit Ihnen eines Sinnes weiß.

Das Scheitern der Berliner Verhandlungen (Alle Anwesenden mit Ausnahme des Vertreters der Kommunistischen Partei Abg. Pölzl erheben sich von den Sitzen.) **über den österreichischen Staatsvertrag hat auch die Bevölkerung Steiermarks tief enttäuscht. Das Volk Österreichs wartet nun schon 9 Jahre auf die Freiheit und Unabhängigkeit, die eine feierliche Deklaration der vier Großmächte noch vor Kriegsende versprochen hat. Wieder hat es, von ehrlicher Hoffnung erfüllt, den Gang der Verhandlungen verfolgt und hiebei festgestellt, daß die Vertreter der österreichischen Regierung bis an die Grenze der Würde eines Volkes gegangen sind, das die Freiheit und den Frieden liebt und dem die kulturelle Entwicklung der Welt Unvergänglichliches zu danken hat. Trotzdem blieb alles Bemühen vergeblich.**

Allzu durchsichtig sind die Gründe, mit denen man uns die Freiheit versagt, jene Freiheit, die als unabdingbares Recht jedem Volke und jedem Staate zuerkannt wird. Wir bedrohen niemanden, wir begehren kein fremdes Gut, kein fremdes Gebiet; unser Wille zum Frieden, unsere Fähigkeit, das eigene Haus gut zu bestellen, stehen außer jedem Zweifel. Die uns so feierlich gegebene Verheißung bleibt aber unerfüllt, solange man unser Staatsgebiet besetzt hält und uns damit weiter im Spiel der großen Kräfte mißbraucht.

So geht ein starker Strom herber Enttäuschung und verbitterter Empörung über diesen Wortbruch, über diesen Mißbrauch unseres Landes durch die Herzen aller Österreicher.

Zum Protest über diese Behandlung wird somit im Lande Steiermark auf keinem Gebäude mehr, das der Verfügungsgewalt unseres Landes oder seiner Bevölkerung untersteht, am Jahrestag der sogenannten Befreiung eine Fahne gehißt werden. Ein weiteres Beflaggen würde nur die Erinnerung an ein fortschreitendes Unrecht und damit die Bitterkeit in den Herzen unserer Bevölkerung entfachen.

Nichts aber ist verloren, solange wir nicht selbst weder Endgültiges noch Wesentliches von unseren staatlichen Freiheitsansprüchen aufgeben haben. In diesem Sinne ist die Haltung

der österreichischen Vertreter zu verstehen und zu billigen, wenngleich sie uns nicht das Ende der neunjährigen Besatzungsschmach gebracht hat.

Die Geschichte mißt das Leben der Völker nicht nach wenigen Jahren. Im Urteil der späteren Geschlechter Österreichs werden wir nur dann bestehen, wenn wir im Kampfe um unsere Freiheit nie feige, bequem oder lässig geworden sind, wenn wir auch in den Jahren tiefster Erniedrigung unser Schild hoch und rein gehalten haben, wenn wir die ewigen Werte der Treue zur Heimat, der Liebe zur Scholle, des Fleißes in der Arbeit, vor allem aber des tapferen Glaubens an die eigenen Kräfte des Geistes, der Arme und des Herzens uns bewahrt haben und wenn wir nie müde geworden sind im Rufe: Gebt uns unser Recht! Gebt uns endlich unser freies, unabhängiges, ungeteiltes Österreich!

Durch das Erheben von den Sitzen und Ihre Akklamation haben Sie Ihr Einverständnis mit der abgegebenen Erklärung gezeigt. (Allgemein lange anhaltender, demonstrativer Beifall bei ÖVP, SPÖ und WdU.)

Abg. Pölzl: Zur Geschäftsordnung! In der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist keinerlei Grundlage für die Abgabe einer Erklärung des Präsidenten vorhanden. Der Herr Präsident hat eine außerordentlich bedeutsame politische Erklärung in diesem Hohen Hause abgegeben, eine Erklärung, über die man verschiedener Meinung sein kann oder besser gesagt über Teile dieser Erklärung man verschiedener Meinung sein kann. Ich will beispielsweise nur herausgreifen....

Präsident Wallner: Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen.

Abg. Pölzl (fortfahrend): Ich bin der Meinung, wenn der Präsideent eine politische Erklärung gewissermaßen im Namen des Landtages abgibt und am Schluß dieser Erklärung sagt, daß der gesamte Landtag mit dieser Erklärung einverstanden sei — was nicht stimmt, was ich hiemit ausdrücklich feststellen möchte, denn ich bin nicht mit allem, was in dieser Erklärung enthalten ist, einverstanden —, daß jeder Abgeordnete das Recht haben muß, zu verlangen, daß über diese Erklärung die Debatte eröffnet wird. Ich stelle daher den Antrag, über die Erklärung des Herrn Präsidenten die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Ich werde über den Antrag des Herrn Abg. Pölzl zur Geschäftsordnung abstimmen lassen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Pause.) Der Antrag hat nicht die notwendige Unterstützung.

Abg. Pölzl (schreiend): Sie sind wohl zu wortreichen Erklärungen bereit, aber Sie sind zu feige, über diese Frage eine Debatte abzuführen. (Hefigste Gegenrufe bei ÖVP, SPÖ und WdU. — Rufe: „Frechheit!“, „Gemeinheit!“)

Präsident: Die Tagesordnung habe ich anläßlich der Einladung zur heutigen Sitzung bekannt gegeben. Sie umfaßt Zuweisungen und die Beratung über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 23, Gesetz über die Aufnahme von zwei Darlehen im Gesamtbetrage von 5,874.400 S durch die Stadtgemeinde Graz zur teilweisen Finanzierung der Wohnhausbauten im Gelände Harmsdorfgasse.

Ich beantrage, diese Tagesordnung durch die Aufnahme eines Punktes zu ergänzen, und zwar durch die Wahl eines Ersatzmannes für ein Mitglied des Bundesrates.

Ich nehme die einstimmige Annahme dieser Tagesordnung an, wenn kein Einwand vorgebracht wird.

Abg. Pözl: Hohes Haus! Wir zählen gegenwärtig in Österreich 300.000 Arbeitslose oder mehr. In der Steiermark hat die Zahl der Arbeitslosen 40.000 überschritten. Ich bin der Meinung, daß in dieser Situation, in der der Steiermärkische Landtag heute zusammentritt, es Pflicht und Aufgabe des Landtages wäre, über die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu debattieren und Beschlüsse zu fassen. Ich bin weiter der Meinung, daß die Steiermärkische Landesregierung aufzufordern wäre, dem Landtag Bericht zu erstatten, was sie unternommen hat oder was sie zu unternehmen gedenkt, um die Arbeitslosigkeit entsprechend zu bekämpfen. Ich stelle daher den Antrag, als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und bitte Sie, diesem meinen Antrag zuzustimmen.

Präsident: Ich lasse über den Antrag des Herrn Abg. Pözl abstimmen. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Pause.) Der Antrag hat nicht die notwendige Unterstützung.

Es liegen auf:

Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hueber, Scheer, Strohmayer, Peterka, Ing. Kalb und Hafner, Einl.-Zl. 81, betreffend gesetzliche Regelung der Personalvertretungen;

Antrag der Abg. Berger, Ebner und Kollegen, Einl.Zl. 105, betreffend Übernahme des Güterweges Kreuzwirt—Granitz in der Gemeinde St. Kathrein am Offenegg als Landesstraße;

Antrag der Abg. Dr. Pittermann, Wegart, Stiboller und Ing. Koch, Einl.-Zl. 106, betreffend Übernahme des Güterweges „Neutraler Weg“ an der steirisch-jugoslawischen Grenze als Landesstraße;

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 107, betreffend Erklärung des steirischen Teiles der Gemeindestraße Wörth—Wörtherberg (Wörth—Lafnitzbrücke) als Landesstraße;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 29, Gesetz über die Abänderung des Gesetzes vom 20. Februar 1929, LGBl. Nr. 57, betreffend die Errichtung von land- und forstwirtschaftlichen Berufsvertre-

tungen in Steiermark (Bauernkammergesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 8. Juni 1949, LGBl. Nr. 41;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 30, Gesetz über die Errichtung einer Hauptschule in Pischelsdorf;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 31, Gesetz über die Errichtung einer Hauptschule in Straß;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 32, Gesetz über die Regelung des Heilquellen- und Kurortwesens in Steiermark (Heilquellen- und Kurorte-Landesgesetz);

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 112, betreffend Gewährung eines ao. Versorgungsgenusses an Dipl. Ing. Dr. techn. Franz Rauch.

Ich weise zu:

die Regierungsvorlagen zu Einl.-Zl. 81 und Beilage Nr. 32, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß,

die Anträge, Einlaufzahlen 105 und 106, der Landesregierung,

die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 107, dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß, sodann dem Finanzausschuß,

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 29, dem Landeskulturausschuß,

die Regierungsvorlagen, Beilagen Nr. 30 und 31, dem Volksbildungsausschuß,

die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 112, dem Finanzausschuß.

Ich nehme die Zustimmung zu diesen konkreten Zuweisungen an, wenn kein Einwand erhoben wird.

Ein Einwand wird nicht erhoben. Es verbleibt daher bei den vorgenommenen Zuweisungen.

Wir kommen zur Wahl eines Ersatzmannes für ein Mitglied des Bundesrates.

Der LAbg. Anton Afritsch hat, wie ich bereits bekanntgegeben habe, sein Mandat als Bundesrat niedergelegt. An seine Stelle ist der frühere Erste Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Reinhard Machold als Mitglied in den Bundesrat eingetreten, weil dieser in der Landtags-sitzung am 15. April 1953 als Ersatzmann für Afritsch in den Bundesrat gewählt wurde.

Wir haben daher jetzt einen Ersatzmann für Dr. h. c. Machold in den Bundesrat zu wählen. Ich schlage vor, diese Wahl nicht mit Stimmzettel, sondern durch Erheben einer Hand vorzunehmen. Ich nehme die einstimmige Annahme dieses Vorschlages an, wenn kein Einwand vorgebracht wird. (Pause.) Ein Einwand wird nicht vorgebracht.

Die Sozialistische Partei Österreichs beantragt, als Ersatzmann für das Bundesratsmitglied Dr. h. c. Machold zu bestellen den Ersten Vizepräsidenten des Landtages, Abg. O p e r s c h a l l.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung:
Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 23, Gesetz über die Aufnahme von zwei Darlehen im Gesamtbetrage von 5,874.400 S durch die Stadtgemeinde Graz zur teilweisen Finanzierung der Wohnhausbauten im Gelände Harmsdorfasse.

Berichtersteller ist Abg. Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

Berichtersteller Abg. Sebastian: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Mit dem vorliegenden Gesetz soll die Stadtgemeinde Graz ermächtigt werden, Darlehen in der Höhe von 5,874.400 S aufzunehmen, u. zw. ist vorgesehen, daß ein Darlehen in der Höhe von 5,035.200 S vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und ein Darlehen von 839.200 S vom Wohnbauförderungsfonds des Landes Steiermark aufgenommen wird. Diese Darlehen sind vorgesehen zur teilweisen Finanzierung des Wohnhausbaues im Gelände Harmsdorfasse. Ich ersuche Sie im Namen des Gemeinde- und Verfassungsausschusses diesem Gesetz Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abg. Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pözl: Hohes Haus! Der Landtag hat sich schon wiederholt mit solchen Zustimmungserklärungen für Kredite, die die Gemeinde Graz zum Zwecke des Wohnhausbaues aufzunehmen gedenkt, beschäftigt. (Abg. Scheer: „Er hat in seiner Partei nichts zu reden, drum muß er da reden!“) Ich glaube, daß diese Methode, diese Pflicht des Landtages, die Zustimmung zu solchen Ansuchen der Gemeinde Graz zu geben, etwas zu wenig ist, um die Gemeinde Graz in ihrer Absicht, die Wohnbautätigkeit durchzuführen, zu unterstützen. Ich glaube, der Landtag sollte in Bezug auf das Wohnproblem der Gemeinde Graz ernstere Maßnahmen treffen und die Gemeinde Graz in der Form unterstützen, daß er ihr nicht nur die Möglichkeit gibt, selbst Kredite aufzunehmen, sondern daß das Land von sich aus Kredite aufnimmt und so die Gemeinde Graz in einer entfalteten Wohnbautätigkeit fördert.

Das Ansuchen, mit dem sich die heutige Regierungsvorlage beschäftigt, ist nicht mehr als ein kleiner Tropfen auf einen heißen Stein im Vergleich zur Wohnbautätigkeit, die notwendig wäre, um das Wohnungselend in Graz zu mildern. Es ist bekannt, daß die Gemeinde Graz ein großes Bauvorhaben für Gemeindewohnungen auf der Marienwiese in den Laden ihres Bauamtes liegen hat, ein großes Bauvorhaben, das sich auf 1200 Wohnungen in einem großen Wohnblock bezieht. Ich glaube, daß es angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die wir im Lande haben, zweckmäßig wäre, wenn auch das Land sich damit beschäftigen würde, wie man dieses große Bauvorhaben der Gemeinde unterstützen und verwirklichen könnte. In den Jahren 1946 und 1947 hat die englische Be-

satzungsmacht einen solchen Einfluß auf unsere Wirtschaft genommen, daß ein Ansuchen der Gemeinde Graz, diesen großen Wohnblock zu bauen, von der Besatzungsmacht abgelehnt wurde mit der Begründung, daß die notwendigen Baumaterialien hiefür nicht vorhanden seien. Später hat es geheißen, es sei kein Geld da. Als es darum ging, Wohnräume für die Wohnzwecken zugeführte alte Landwehrkaserne, die im Kriege zerbombt wurde, zu erstellen, wurde die Frage ventiliert, einen großen Wohnblock auf der Marienwiese zu errichten. Es wurde davon wieder abgegangen, weil vor allem die ÖVP gegen diesen Wohnblock auf der Marienwiese aufgetreten ist. (Zwischenruf: „Gut erfunden!“) Über eine neuerliche Initiative des Grazer Gemeinderates wurden neuerliche Verhandlungen durchgeführt. Im Gemeinderate war die SPÖ, die Wahlpartei der Unabhängigen und die Volksopposition für die Erstellung des Wohnblocks auf der Marienwiese. Stadtrat Scherbaum setzte sich sehr intensiv für die Erstellung des großen Bauprojektes ein. Während der Verhandlungen mit der ÖVP stellte es sich heraus, daß die ÖVP unter keinen Umständen willens war, zuzulassen, daß dieser Wohnblock erstet. Ich möchte zur Illustration der Situation sagen, daß dieser große Wohnblock, der 1200 Wohnungen umfassen soll, auch vom Gesichtspunkte einer fortschrittlichen, zweckmäßigen Baugestaltung, einer billigen Bauausführung aus von größter Bedeutung wäre, aber auch von größter Bedeutung wäre in Hinsicht darauf, daß endlich ein Beispiel auch in Graz gesetzt würde, wie man auf großzügige Weise dem Wohnungselend begegnet, wie man modernste Baumethoden, die man praktisch nur dann anwenden und durchführen kann, wenn es sich um wirklich große Projekte handelt, anwendet, wie man billig, schön und zweckmäßig baut. Aber leider! Als die ÖVP kein Argument gegen den Bau auf der Marienwiese anführen konnte, äußerte sich der Finanzreferent der Stadtgemeinde Schmidt dahin, daß er sagte: „Meine Herren, Sie bemühen sich umsonst, es gefällt uns nicht und deswegen kann der Bau dort nicht entstehen“. Ich glaube, daß die gegenwärtige Situation, die ungeheure Arbeitslosigkeit, das furchtbare Wohnungselend dazu führen müßte, daß mit der Autorität des Landes versucht werden sollte, mit den Mitteln und der Kraft des Landes versucht werden sollte, dieses große Projekt der Gemeinde Graz materiell und ideell zu unterstützen, damit auch in Graz eine Großtat des Wohnungsbaues gesetzt würde.

Ich möchte noch anführen, daß daran gedacht war, diesen großen Wohnblock versuchsweise mit einem Fernheizwerk auszugestalten. Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß Klagenfurt den ersten Versuch mit einer Fernheizanlage gemacht und in dieser relativ kleinen Hauptstadt eines Bundeslandes in Österreich damit größere Erfolge erzielt hat. Warum soll man nicht auch in Steiermark mit Hilfe des Landtages, mit Hilfe der Landesregierung die Gemeinde dazu ermutigen, auch auf diesem Ge-

biete ein Beispiel zu setzen oder besser gesagt, dem Beispiel der Gemeinde Klagenfurt nachzustreben. Ich glaube, daß mit einer solchen Tat an diesem konkreten Beispiel nachgewiesen werden könnte, daß man wirklich willens ist, die Arbeitslosigkeit ernstlich zu bekämpfen und wirklich willens ist, der Wohnungsnot durch eine entscheidende Tat zunächst in der von der Wohnungsnot am schwersten betroffenen Gemeinde Graz entgegenzuwirken.

Wir wissen, daß versprochen ist, den Grazer Hauptbahnhof noch in diesem Jahre auszubauen. Wir hoffen, daß im Zuge dieses Ausbaues die beiden Unterfahrten erstellt werden, wir hoffen, daß weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen großen Stiles anlaufen werden.

Aber, meine Damen und Herren, ich sehe nicht ein und ich verstehe nicht, warum nicht auch der Landtag in dieser großen Frage der Arbeitsbeschaffung eine Initiative ergreifen soll, warum er sich in dieser großen Frage nicht äußern soll, nicht nur bezüglich der Bauvorhaben des Landes, sondern auch jener des Bundes. Es ist erfreulich, wenn der Herr Handelsminister beispielsweise wie wir im Radio erfahren, die Absicht hat, die Mürztaler Bundesstraße von Mürzzuschlag bis St. Michael mit einer Betondecke zu versehen und es ist auch anzunehmen, daß die Umfahrung von Kapfenberg in Angriff genommen wird. Aber wäre es unzweckmäßig, wenn der Landtag erklären würde, er sei der Meinung, daß jetzt und unmittelbar sofort mit der Umfahrung von Kapfenberg begonnen werden solle, wo wir doch genau wissen, daß das Projekt vollkommen fertig ist und der Tunneldurchstich ohne weiteres auch bei den geringen Frösten, die wir jetzt noch haben, in Angriff genommen werden könnte?

Sie haben es abgelehnt, in diesem Hause eine ernste Diskussion über diese Frage, die von größter Bedeutung für unser Land und für Zehntausende in unserem Lande ist, abzuführen. Ich möchte Sie bitten, daran zu denken, daß wir es für notwendig erachten, daß uns in einer der nächsten Landtagssitzungen die Landesregierung einen Bericht erstattet: 1. Was sie im eigenen Wirkungskreis zu tun gedenkt, 2. welche Schritte sie unternommen hat bei der Bundesregierung, um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Bundes, sei es der beschleunigte Ausbau der Wechselstraße, sei es der Ausbau der Ennstalstraße, von der der Handelsminister bereits gesprochen hat, sei es die Straße von Mürzzuschlag nach Sankt Michael, sei es die Elektrifizierung der Südbahnstrecke, alles was in diesem großen Projekt beabsichtigt ist, zu erwirken. Es hätte die Landesregierung dem Landtag und der Öffentlichkeit darüber Bericht zu erstatten, was sie getan hat und zu tun gedenkt, um diese großen und entscheidenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in unserem Lande zu fördern und zu verwirklichen. Das kleine Bauvorhaben, das mit der Zustimmung zur Kreditaufnahme der Gemeinde Graz heute vom Landtag ermöglicht werden soll, ist sehr erfreulich, aber Sie werden mir alle zu-

geben müssen, daß das nur eine ganz bescheidene und kleine Maßnahme ist angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die wir bereits in unserem Lande haben.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir schreiten daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich unterbreche nun die Sitzung auf die Dauer des Lichtbildervortrages durch den Herrn Landesbaudirektor im Rittersaal. Ich werde die Sitzung ungefähr um 12 Uhr wieder aufnehmen.

Unterbrechung der Sitzung: 11,05 Uhr.

Wiederaufnahme der Sitzung: 11 Uhr 40 Minuten.

Präsident: Hohes Haus! Ich nehme die unterbrochene Sitzung des Landtages wieder auf und gebe bekannt, daß mittlerweile die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 33, aufgelegt wurde. Die Vorlage beinhaltet ein Gesetz, womit das Gesetz vom 27. Mai 1952, LGBl. Nr. 42, über die Einhebung einer Fremdenverkehrsabgabe im Lande Steiermark für Zwecke der Förderung des Fremdenverkehrs (Fremdenverkehrsabgabegesetz) geändert wird. Wenn kein Einwand erhoben wird, weise ich diese Vorlage dem Finanzausschuß zu. Ein Einwand wird nicht erhoben. Es verbleibt daher bei dieser Zuweisung.

Ich gebe weiter bekannt, daß die Abgeordneten Wegart, Hofmann-Wellenhof, Koller, Dr. Rainer, Hirsch, Dr. Allitsch, Ebner Oswald und Weidinger einen Antrag eingebracht haben, betreffend unverzügliche Vorlage bzw. Beschluß eines allgemeinen Wohnbauförderungsgesetzes durch die Bundesregierung bzw. durch den Nationalrat.

Der Antrag hat die entsprechende Unterstützung und wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeleitet.

Ich bin weiter ersucht worden von den Obmännern der einzelnen Ausschüsse, folgende Ausschusssitzungen für die nächste Zeit bekanntzugeben:

Am 26. Februar um 16 Uhr wird der Gemeinde- und Verfassungsausschuß tagen,

am 27. Februar um 9 Uhr der Finanzausschuß, am 3. März um 16 Uhr Gemeinde- und Verfassungsausschuß-Fortsetzung,

am 4. März um 10 Uhr Landeskulturausschuß, um 15 Uhr Verkehrsausschuß, und um 17 Uhr der Volksbildungsausschuß.

Einladungen zu diesen Sitzungen werden an die einzelnen Mitglieder der Ausschüsse noch ergehen.

Die Sitzung des Landtages ist damit geschlossen. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen.

Schluß der Sitzung 11 Uhr 45 Minuten.